Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/1166

22. 03. 84

Sachgebiet 750

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Kein Austausch von Ballastkohle aus der Nationalen Steinkohlereserve

Die Ergebnisse der Kohlerunde vom 3. Dezember 1982 beinhalten unter anderem, die Bevorratung von Steinkohle im Rahmen der Nationalen Steinkohlereserve gemäß der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung um drei Jahre zu verlängern.

Die Steinkohlebevorratung im Rahmen der Nationalen Steinkohlereserve ist nach Auffassung der Fraktion DIE GRÜNEN auch über den dadurch festgelegten Zeitrahmen hinaus notwendig, um Risiken bei der Energieversorgung zu vermeiden und um den einheimischen Bergbau zu entlasten, der bei einem Rückkauf der Kohle aus der Steinkohlereserve in erhebliche Liquiditätsprobleme gestürzt würde.

Entschieden spricht sich die Fraktion DIE GRÜNEN jedoch gegen Pläne der Bundesregierung aus, über 1,7 Mio. Tonnen Ballastkohle aus der Nationalen Steinkohlereserve kurzfristig durch Vollwertkohle zu ersetzen.

Wenn die Nationale Steinkohlereserve vertragsgemäß nach 1988 abgebaut wird, dürfte ein Großteil der Ballastkohlekraftwerke, die den Anforderungen der Großfeuerungsanlagenverordnung dann nicht mehr genügen, stillgelegt werden und somit kaum noch Absatzchancen für Ballastkohle bestehen.

Daher soll nach den Plänen der Bundesregierung, die extrem schwefelhaltige Ballastkohle (Schwefelgehalt durchschnittlich über 1,5 v.H., bezogen auf SKE) kurzfristig in größtenteils völlig veralteten und nicht mit Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgerüsteten Ballastkohlekraftwerken verfeuert werden.

Dieser von der Bundesregierung geplante Umtausch der Ballastkohle spricht angesichts bestimmter Gesundheitsschädigungen und des Wald- und Vegetationssterbens, die unumstritten durch Schwefeldioxid mitverursacht werden, jeder gesundheits- und umweltpolitischen Vernunft Hohn, da die Durchführung dieser Maßnahme kurzfristig eine weitere Erhöhung der Schwefeldioxidemissionen aus Kohlekraftwerken zur Folge hätte. Die Durchführung dieser Maßnahme wäre vollkommen unvereinbar

mit der auch von der Bundesregierung anerkannten Notwendigkeit der Verringerung der Luftverschmutzung.

Durch eine gezielte Förderung des Ausbaus und der Markteinführung der Wirbelschichttechnologie, insbesondere der zirkulierenden Wirbelschichtfeuerung, kann erreicht werden, daß die extrem schwefelhaltige Ballastkohle nur noch in Wirbelschichtkraftwerken verwendet wird, wo eine umweltverträgliche Nutzung der Ballastkohle möglich ist. Bei einem konsequent betriebenen Ausbau der Wirbelschichttechnologie wäre auch die notwendige Einsatzflexibilität der Ballastkohle aus der Nationalen Steinkohlereserve gewährleistet.

Ferner sind Maßnahmen der Bergbauunternehmen zu unterstützen, die auf eine Reduzierung des Ballastkohleanteils an der Gesamtfördermenge zielen. Ziel muß sein, bis spätestens 1990 den Ballastkohleanteil von derzeit 18 v.H. der Gesamtfördermenge auf unter 8 v.H. zu reduzieren und eine weitestgehende Vorentschwefelung der Vollwertkohle durch verbesserte Verfahren der Kohleaufbereitung zu erreichen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den geplanten Umtausch der Ballastkohle aus der Nationalen Steinkohlereserve gegen Vollwertkohle nicht durchzuführen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Bergbauunternehmen darin unterstützen, den Ballastkohleanteil an der Gesamtförderung zu reduzieren.

Bonn, den 22. März 1984

Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333